

Aufschwung im Wohnungsbau bringt wichtigen Impuls für das Wirtschaftswachstum in Deutschland

- **Neue Bundesregierung muss auf den Bau als wirtschaftliches Zugpferd setzen**
- **Veränderte Rahmenbedingungen müssen den Wohnungsbau und damit die Binnenkonjunktur stärken**

Berlin, 21. September 2009 – Mit einer besseren staatlichen Förderung des Wohnungsbaus können die Folgen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise wirksam aufgefangen und abgemildert werden. Denn Investitionen in den Neubau von Wohnungen schaffen Arbeitsplätze vor Ort, generieren zusätzliche Steuereinnahmen und geben so wichtige Impulse für die Binnenkonjunktur. Mit leicht umsetzbaren Maßnahmen kann die neue Bundesregierung damit auf die bedeutende Lücke zwischen derzeitiger Bautätigkeit und tatsächlichen Wohnungsbedarf reagieren und gleichzeitig einen wirtschaftspolitisch nachhaltigen Weg aus der Krise eröffnen.

„Das ausschließliche Warten auf ein Anspringen der Exportwirtschaft ist in der gegenwärtigen Krise der falsche Weg“, so Dr. Hans-Georg Leuck, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerksbau DGfM. „Eine Milliarde Anschubfinanzierung durch staatliche Fördermaßnahmen für den Wohnungsbau aktivieren erfahrungsgemäß bis zu drei Milliarden Investitionen aus der Wirtschaft, im Städtebau sogar bis zu acht Milliarden Euro“, erläutert Dr. Leuck die bekannte Daumenregel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW. Die Berechnungen des Eduard Pestel Instituts Hannover beziehen sich dagegen detailliert auf das notwendige Neubauniveau von Wohnungen. Würden die tatsächlich benötigten 400.000 Wohnungen pro Jahr erstellt, würden rund 745.000 Arbeitsplätze entstehen und circa 20 Milliarden zusätzliche Steuern und Abgaben anfallen.

Eine bessere staatliche Förderung des Wohnungsbaus wäre eine nachhaltige Grundlage für die von Wirtschaftswissenschaftlern geforderte Stärkung der Binnenkonjunktur. Denn der Bedarf an altersgerechten und energieeffizienten Wohnungen kann nicht alleine durch die Sanierung bestehender Gebäude gedeckt werden. Die DGfM hat gemeinsam mit den in der Aktion Impulse für den Wohnungsbau zusammengeschlossenen Verbänden der Bauwirtschaft konkrete Maßnahmen an die Politik herangetragen, die nach der Bundestagswahl unkompliziert verwirklicht werden können. Im Mittelpunkt der Forderungen der DGfM steht die Verdoppelung des Abschreibungssatzes im Mietwohnungsbau. Mit Blick auf die KfW-Förderprogramme ist eine Gleichstellung der Förderung von Abriss und Neubau mit Sanierungsmaßnahmen im Bestand vonnöten. Nur so können gesamtwirtschaftliche Fehlinvestitionen in „Problembestände“

der 50er, 60er und 70er Jahre vermieden werden. Als dritte zentrale Maßnahme schlägt die DGfM die erhöhte Absetzbarkeit von Planungs- und Handwerkerleistungen beim Bau von selbstgenutztem Wohneigentum vor.

Dr. Leuck mahnt nach der Bundestagswahl eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen an: „Die Förderung des Wohnungsbaus ist aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive doppelt vernünftig. Wir brauchen altersgerechten und energieeffizienten Wohnraum und können gleichzeitig neue Arbeitsplätze schaffen. Wenn sich die Bundesregierung ins Zeug legt und erste Umsetzungen schon in das Haushaltsplangesetz 2010 aufnimmt, können die neuen Instrumente bereits ab dem 1. Januar 2010 greifen.“

Pressekontakt:

Christof Fiscoeder

Weber Shandwick

Tel: 030-20351-10

Fax: 030-20351-29

E-Mail: cfiscoeder@webershandwick.com